

Wohlfahrts-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Abdruck an jedem Dienstag nachmittags. Die Druck-Abgabe des Blattes beträgt in Halle und Umgeb. 100.00 Mark, für die Post bei voller Zustellung monatlich Mark 100.00, in den Postgebieten abgeholt Mark 100.00 monatlich. Die abendliche Ausgabe Freitag- und Samstag-Abend Mark 12.00, am aussergewöhnlichen Verkehr. Die abendliche Ausgabe Freitag- und Samstag-Abend Mark 12.00, am aussergewöhnlichen Verkehr. Die abendliche Ausgabe Freitag- und Samstag-Abend Mark 12.00, am aussergewöhnlichen Verkehr.

Verlags-Abgabe: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Buchhandelsstr. 17. Verleger: Hans-Joachim Wilmann. Druckerei: Druckerei Wilmann, Halle a. S., Poststr. 11. Druckerei: Druckerei Wilmann, Halle a. S., Poststr. 11. Druckerei: Druckerei Wilmann, Halle a. S., Poststr. 11.

Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen.

Keine Befestigung der Eins-Mehrheit / Die deutschen Vorschläge an die Kepo / Gegenab zwischen Wirth und Hermes? / Die Brüsseler Konferenz im Dezember / Die Hochzeitsfeierlichkeiten in Doorn.

Die Kepo gegen Wirth?

Unterlaute aus Paris.

Paris, 6. November. (Eig. Drahtmeldung.) Mit auffallender Einstimmigkeit wird in den heutigen Pariser Morgenblättern gefast, daß Reichsanwalt Dr. Wirth zu wenig Entgegenkommen zeige, wogegen man mit Reichsanwaltminister Hermes viel weiter kommen könnte und sicher positive Ergebnisse erzielen würde, wenn Hermes autonom hätte beschließen können. Hermes habe Verständnis und Willen, was die erforderlichen ferneren Maßnahmen Deutschlands zur Stabilisierung der Mark und zur Sicherung der deutschen Arbeitslosigkeit vorzunehmen. Der „Matin“ deutet sogar an, daß Anfang nächster Woche die Folgen dieser Meinungsverschiedenheiten auf die Verhandlungen der Kepo zu einer Kabinettskrise in Berlin führen werden. „Republique Française“ berichtet halbamtlich, die Kepo werde voraussichtlich Mitte der Woche nach Paris zurückkehren, ohne in Berlin ein positives Ergebnis erzielt zu haben. Die Brüsseler Konferenz, deren Eröffnung voraussichtlich im Dezember stattfinden werde, werde nunmehr bezweifel sein, die Reparationsfrage mit ihren einschlägigen Problemen zu lösen.

Weitere deutsche Vorschläge.

Berlin, 6. November. (Eig. Drahtmeldung.) Sonnabend nachmittag um 4 1/2 Uhr trat das Reichskabinett zu einer längeren Sitzung zusammen, in der der Entwurf der konkreten Vorschläge, bezug auf die Reparationskommission vorgelegt werden soll, eingehend beraten wurde. Nach einer etwa dreißigminütigen Sitzung wurde der Entwurf einer Reparationskommission überreicht, die den Inhalt der wichtigsten Punkte darstellt. In dieser wurde über die von der Reparationskommission festgelegte endgültige Fassung Bescheid gefast. Die Vorschläge werden Sonntag nachmittag der Reparationskommission übergeben. Ihre Veröffentlichung erfolgt nachfolgend noch nicht. Die nächste gemeinsame Sitzung zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung wird voraussichtlich Montag stattfinden.

- 1. Die Ausdehnung der inneren Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark ohne gleichzeitige Hilfe von außen.
- 2. Die Notwendigkeit einer größeren Anleihe zum Zweck der Stabilisierung und zum Ausgleich des Budgets. (Angelehnt wurden mehr als 60 Millionen Goldmark gefordert.)
- 3. Die Gewährung der deutschen Regierung, im Falle der Erstellung einer ausländischen Anleihe einen Teil ihres Goldbestandes zum Zweck der Stabilisierung zu verwenden.
- 4. Die Notwendigkeit, den Zahlungsbilan von London zu revidieren, um die Aufnahme einer Anleihe zu ermöglichen.
- 5. Die Notwendigkeit, eine langfristige Stundung für alle zu erfüllenden Zahlungen.
- 6. Die Notwendigkeit, den Entscheidungen der Bankierkonferenz von Paris Rechnung zu tragen.
- 7. Die Notwendigkeit eines Aufschubes für die Sachleistungen, wobei nur das Material, das für den Korbes Frankreichs gebraucht wird, nicht in Betracht komme.
- 8. Das Verprechen, die Kosten der Sachleistungen durch eine innere Anleihe zu decken.
- 9. Das Verprechen, die Einnahmen des Budgets zu vergrößern und die Ausgaben zu verringern (Anleihe) auf die angelegentlich neue hundertprozentige Erhöhung der Postgebühren und auf die Beamtenentlohnungen, die eine Erparnis von drei Milliarden Mark bedeuten würden).
- 10. Die Behauptung, daß eine Finanzkontrolle irgendwelcher Art nur das Ergebnis haben wird, daß die deutsche Wirtschaft und indirekt also auch die Alliierten geschädigt werden.

Vorbereitungen zur Finanz'on'erenz.

London, 6. November. (Eig. Drahtmeldung.) In zukünftigen Kreisen wird bestätigt, daß die englische Regierung dem schlagendsten Vorschlag zugestimmt habe, die Eröffnung der Finanz'on'erenz von Brüssel auf Anfang der Mitte Dezember festzusetzen. Man erklärte ferner, daß die Alliierten einzig geworden seien, den 15. Dezember als Eröffnungstermin zu bestimmen. Die vorbereitenden Verhandlungen für die Konferenz sind noch nicht offiziell eröffnet worden. Der französische Reichskanzler St. Julien hatte zum ersten Male mit Bonar Law über diese Angelegenheit eine Unterredung. Es verlautet, daß auf Grund dieser Besprechung die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Poincaré und Bonar Law nach den Wahlen bestehe.

Die Wilmann-Feyer in Hamburg.

Hamburg, 6. November. Heute, am Jahrestage der Schlacht von Tannenberg, fand die Einweihung des von den Engländern ausgesetzten Dasees-Relieffes Wilmann-Denkmal in den Gartenanlagen der Hamburger Unterstadt statt. Zu der Feyer in der Nähe der Hamburger Unterstadt war Frau v. Wilmann mit ihren Kindern erschienen. Neben ihr wohnten zahlreiche Freunde

Wilmanns und hervorragende Persönlichkeiten, die sich um die ehemaligen deutschen Kolonien verdient gemacht haben, den Festakte bei. — Staatsminister im Ministerium für Wieder Aufbau, Dr. Müller, gedachte in großen Zügen des verdienstvollen Afrikaforschers und der Schlacht von Tanga. Die Festrede hielt ein Freund und Begleiter Wilmanns, der Hamburger Großkaufmann Alfred D'Swald.

Produktionssteigerung und Arbeitszeit.

Erklärung der Gewerkschaften.

Berlin, 6. November. Die vier Spitzenverbände der Gewerkschaften kündigten am 6. November eine Erklärung zum Reichsarbeitsminister, um ihm ihre Stellungnahme zur gegenwärtig viel diskutierten Frage der Arbeitszeit und ihrer gezielten Regelung darzulegen. Die Gewerkschaftsleiter betonten, daß sie durch eine einseitige Behandlung ihrer Frage durch die Unternehmer zur Sicherstellung ihres Standpunktes genötigt seien. Sie verweherten sich mit allem Nachdruck gegen die Annahme, als sei die Steigerung der Arbeitszeit ein Mittel zur Erreichung eines höheren Grades der Arbeitszeit. Sie merkten vielmehr bedingungslos die verschiedenen Faktoren, insbesondere die Interessen der Arbeitnehmer nicht durch die Art ihrer Arbeitszeitpolitik mehr als bisher produktionsfördernd zu wirken. Die heutige Politik der Kartelle und der Kartelle verändere sich, die volle Ausnutzung der produktiven Kraft und höchste die Ausbeutung des deutschen Volkes. Sehr zu beklagen sei, daß auch die technischen und organisatorischen Möglichkeiten der Produktionssteigerung nicht genügend ausgenutzt würden. Die Gewerkschaften seien der Überzeugung, daß zur Steigerung der Produktivität ein höheres Ausmaß von Grundbesitz des Lohnarbeiters erforderlich sei. Auf diesen Boden seien die Gewerkschaften dazu bereit, bei gleichzeitiger Anwendung aller anderen produktionsfördernden Maßnahmen ihre Mitwirkung zu leisten zu einer möglichst ergiebigen Ausnutzung der Arbeitszeit und zu ihrer Anpassung an die durch die Zeit und Umstände bedingten besonderen Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft. Die Gewerkschaften wünschen, daß die kommende Arbeitszeitregelung dem Rechnung tragen dürfe, daß sie sich gleichmäßig auf den Boden des Leistungsprinzips stütze und gewisse Ausnahmen für Notfälle vorsehe, aber im übrigen es den Tarifverträgen überlasse, den besonderen der wirtschaftlichen Lage im Interesse des Gesamtvolkes Genüge zu tun. In diesem Zusammenhang erließen die Gewerkschaften eine möglichst gleichzeitige Vorlegung und Beratung der Arbeitszeitfrage mit den Tarifgeheimen, dem Arbeitgeberverband und der Sozialversicherungsverwaltung. Der Reichsarbeitsminister begrüßte diese Ansprache und betonte, daß die Reichsregierung dazu entschlossen sei, die sozialpolitischen Bedingungen der Arbeitnehmer auf dem Gebiete der Arbeitszeit zu wahren. Ebenso ernt aber sei die Verpflichtung der Regierung, alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft, das deutsche Volk und das Deutsche Reich vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das sei zwar in erster Linie Aufgabe der Arbeitgeber, erfordere aber andererseits auch alle erforderlichen Anstrengungen im Inneren, und nur das Volk, das seine eigenen Kräfte regelt und ausnützt, habe Anspruch auf die Achtung und Hilfe des Auslandes. Er hoffe, daß es, wie bisher, einer Vertretung zwischen Arbeitgeber und Regierung gelingen werde, alle diese Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen.

Kündigung nimmt an.

München, 6. November. (Eig. Drahtmeldung.) Sonnabend vormittag hat der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Bayerisch-Katholischen Partei (Joseph von Fraunhofer) der Bayerischen Arbeiterpartei mit dem Betretenden des Nationalen Bauernbundes offiziell mitgeteilt, daß die Bayerische Arbeiterpartei den Abg. Kündigung als Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten aufstelle und daß sich dieser zur Annahme der Ministerpräsidentenstellung bereit erklärt habe.

Ablehnung der Schiedsrichterkonferenz im Bergbau.

Wesum, 6. November. Eine vom alten Bergarbeiterverband in Wesum abgehaltene Schiedsrichterkonferenz hat die Schiedsrichterkonferenz und vorläufige Beschlüsse in der Lohnfrage abgelehnt. Die Bergarbeiter fordern die volle Abgleichung der Leistung durch weitere Erhöhung der Diätenbesoldung sowie eine entsprechende Erhöhung für den November. Die Einlösung einer kollektiven Produktionsprämie wird abgelehnt. Die Konferenz verlangt die Erledigung der Lohnfragen bis zum 12. November. — Der Gewerkschaftspräsident Bergarbeiter, die Hirsch-Dürerischen Organisationen und die polnische Bergarbeiterorganisation haben in ihren Konferenzen ebenfalls eine Ablehnung der Beschlüsse beschlossen.

Die Ausdehnung des Rapallovertrages unterzeichnet.

Berlin, 6. November. Gestern vormittag wurde im Auswärtigen Amt der Vertrag über die Erweiterung zum Rapallo-Vertrage auf die Sowjetrepublik verbündeter Republik Ukraine, Weißrussland, Georgien, Aserbaidschan und Tschina unterzeichnet.

Die deutschen Jugendverbände aller Richtungen, 62 Bünde mit insgesamt zwei Millionen Jugendlichen, haben das Reichsministerium des Innern gebeten, ein Gesetz gegen den Alkoholmissbrauch an Jugendliche durchzuführen. Der Entwurf ist bereits dem Reichstagspräsidenten vorgelegt.

Die Wahl Schlacht im roten Sachsen

Die rote Mehrheit bleibt!

Leipzig, 6. Nov., 2 Uhr mittags. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem vorläufigen Ergebnis der gestrigen Landtagswahlen in Sachsen erzielten die vereinigten Sozialdemokraten 1 635 000 Stimmen (573 679 Wahlberechtigte am 14. November 1920), die Kommunisten 266 363 (177 388), die Sozialdemokraten 490 122 (433 936), die Deutsche Arbeiterpartei 474 038 (383 524), die Demokraten 219 977 (159 700), das Zentrum 28 307 (22 731), Christlichsozialisten 5208 und die Sozialisten 21 361 Stimmen.

Nach liegen die genauen abschließenden Zahlen der gestrigen Landtagswahl in Sachsen nicht vor. Aber was bisher an Stimmen gefast wurde, gibt doch ein einigermaßen zuverlässiges Bild. Danach haben die bürgerlichen Parteien keinen Anlaß, zu jubeln, denn es ist ihnen nicht gelungen, die Herrschaft der roten Mehrheit zu stürzen. Und das müßte doch das Ziel sein! Was hilft es, wenn diese oder jene Partei Manoevertieren zu versuchen hat, das hat höchstens parteipolitische Interesse. Aber für die große Sache selber bedeutet es nichts. In Sachsen hatten die Sozialisten und Unabhängigen, die sich ja nun inzwischen zusammengeschlossen haben, mit Hilfe der Kommunisten ein Wahlprogramm aufgestellt, das in der Bürgerpartei zu fastem Widerspruch herausforderte. Die Herrschaften müßten ihre Macht gründlich aufrechterhalten, namentlich auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Eintragungen rückwärts über Bord, ohne durch eigene schöpferische Ideen wertvolles Neue an seine Stelle zu setzen. Die Verwaltung wurde in ihrem Sinne gereinigt, d. h. man ließ die Beamten, vor allem die in leitenden Stellungen, ab, wenn sie nicht von der roten Partei kommen waren, und förderte dafür älteren, die gesinnungstreuen Parteigenossen, ganz gleichgültig, ob sie für ihren Posten auch nur die geringste Eignung mitbrachten.

Die sozialistischen Parteigenossen fühlten sich bei diesem Zustande der Dinge außerordentlich wohl. Sie genierte es auch nicht, daß ihnen selbst in den Kreisen der Arbeiter wachsender Widerspruch entgegenkam. Und als schließlich das Volksbegehren den Ausschlag veranlaßte, verfuhr die rote Regierung die Sache möglichst lange zu verticken oder hinauszuzögern. Bei solcher Wägenpolitik war es kein Wunder, daß immer heftiger der Ruf erdachte immer mit dem roten Regiment. Aber als es gütlich zur Entscheidung kam, als es galt, in der Wahl Schlacht die sozialistische Herrschaft zur Strecke zu bringen, haben selber wieder dreizehn Kreise des Bürgerturns verlegt. Die Wahlberechtigung im allgemeinen war beschränkt als bei allen anderen Wahlen, wie wir sie in Thüringen, Braunschweig usw. in der letzten Zeit erlebt haben. Sie war vor allem auch stärker als bei den Landtagswahlen 1920 in Sachsen. Insofern sie war nicht ausreichend, um den Bürgerlichen den Sieg zu bringen. Die Sozialdemokratie hatte mit außerordentlicher Intensität gearbeitet. Sie führte mehr als sonst noch die Agitation von Werkstatt zu Werkstatt, von Mund zu Mund. Die Arbeiterpartei hinderte alle Parteien, mit Flugblättern in derselben freigelegten Weise zu arbeiten wie früher. Aber die Bürgerlichen hatten keine Möglichkeit, sich in derselben Weise wie die Sozialdemokraten durch jene Agitation von Betrieb zu Betrieb Erfolg zu schaffen. Das gab den Arbeiterpartei von vornherein einen Vorsprung. Auch das sprach mit, daß sich die Hochzeitsfeierlichkeiten Partei zusammengeschlossen hatten. Damit waren Reichsbürgerlichen befestigt, die früher einen Teil der agitatorischen Kraft der beiden Gruppen verzehrt hatten. Und endlich spielt noch ein Drittes eine besondere Rolle. Die Unabhängigen spanteten diesmal in einer Weise die Gewerkschaften vor ihren Wagen, wie das nie vorher geschehen ist. Sie bewiesen, daß sie aus den Wahlen in Thüringen gelernt hatten. In Weimar war bekanntlich, nach dem für die Sozialdemokraten ungünstigen Wahlergebnis festgelegt worden, daß ungefähr 50 Prozent der gewerkschaftlich eingeschriebenen Arbeiter der Bauernschaft ferngeblieben waren. Das wollte man in Sachsen auf keinen Fall erleben, und so richteten denn die sozialistischen Parteien eine überaus scharfe Kontrolle auf Grund der gewerkschaftlichen Listen ein. Wer zu einer Gewerkschaft gehörte, — und welcher Arbeiter will sich dem heute entziehen — mußte an der Wahlfrist. Das hat außerordentlich zum Erfolge der Arbeiterpartei beigetragen. Auf diese Weise gelang es ihnen, sich zu behaupten, ja in einzelnen Wahlkreisen, wo die Bürgerlichen 1920 durch einen Vorsprung geschlag hatten, den Sieg zu überfliegen. So z. B. in ein Symptom, daß im Wahlkreis 1 Bautzen-Deesden, wo 1920 die bürgerlichen Parteien eine Mehrheit von 32 223 Stimmen hatten, diesmal die Sozialisten und Kommunisten zusammen mit 4977 Stimmen Mehrheit siegen.

Am die Anfränkungen der roten Parteien ... hatten die Bürgerlichen sich weit mehr anfrängen müssen. Da wurde tiefe Baustell und keine Raabfächigkeit wie gestern ...

Vermählungsfeier in Doorn.

Mierboom, 5. November. (Eig. Drahtmeldung.) Heute hat in Doorn die Vermählung der ehemaligen deutschen Kaiserin ...

Während die Bräute der Vermählung gewöhnlich ... erst die Folge weil die Gemeinde lang einen neuen Chor. ...

Zwei andere Heiratserlöse.

Der Berliner Reichstagler hat, Chicago Tribune berichtet ... seinen Halle in einer langen Rede über eine Unterredung ...

In einzelnen Tagen aus den drei holländischen Wahlkreisen ...

- Wahlkreis Belgien: Sozialdemokraten 79 222 (119 700 bei der ...
Wahlkreis Chemun: Sozialdemokraten 264 918, Demokraten ...

Doorn, 5. November. Mehr als hundert Reichstagsler ... beiderseits aus England und Amerika, hatten sich einfinden ...

Die große Halle war mit Blumen reich geschmückt. Am ... einen Platz war ein Altar errichtet. Davor standen zwei Thronstühle ...

Der Verdrängten-Kongress in Berlin.

Berlin, 5. November. (Eig. Drahtmeldung.) Am Sonntag ... normiert land in der Stadt in Berlin der Verdrängten-Kongress ...

Die Verteilung der Mandate. Die amtliche ... Wahlkreisgerichte der holländischen Landtagswahlen liegt nunmehr vor ...

Kostenersparnis

halber werden wir unseren Lesern auf dem Lande, die die Zeitung, vom Verlage ... überweisen, durch die Post zugestellt erhalten ...

Saale-Zeitung
Verlagsverwaltung.

Was sie verkranten. Die Weinungsgruppen und ihr Anhang sind ... die Verbrauchstouren werden ihnen zurückverhät. Die Annehmungen ...

Berlin, 4. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Preisau ... schlag für den Kongress der Verdrängten teilt mit: Die Regierung ...

Erfahrung im Ithalial.

Nun hat das Ithalialer wieder für einige Wochen seinen ...

Von Deutscher Art und Kunst. In zweiter der unter diesen ... Gemälden im Stadtheater eingeweihten Morgenfeiern ...

Professor Sidel zum 75. Geburtstag.

Zu den namhaftesten Vertretern der deutschen Rechts ... geschichte zählt Professor Dr. Wilhelm Sidel in Halle ...

Prof. Albert wird Krebshaus nach Olga.

Wie die 'Hochschulcorrespondenz' erfährt, hat der frühere ...

Stabilisches. Heute, Montag und Donnerstag, abends ...

Auslandsvorrede. Die Kommission für Auslandsstudien an der ... Universität Halle-Wittenberg beginnt ihre Auslandsberichte heute ...

3000 neue Hören. An der Wiener Universität ist die ...